

Für eine generationengerechte Rentenreform – Kapitaldeckung ausweiten, Zwangssysteme verhindern, Flexibilität und Eigenverantwortung stärken

Drucksache 18/20435 · eingebracht 2026-07-07 – Antragsteller: FDP

Soziales

Arbeit

Alterssicherung

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP-Fraktion lehnt die bundesweiten Rentenreformvorschläge ab und fordert stattdessen eine stärkere Kapitaldeckung, Abschaffung von Zwangssystemen, Erhalt von Minijobs und eine stärkere Rolle der Eigenverantwortung in der Altersvorsorge.

KERNFORDERUNGEN

- Ablehnung von Beitragserhöhungen
- Kritik an Pflichtversicherung für Selbstständige
- Forderung nach Aktienrente mit individuellen Konten
- Erhalt von Minijobs
- Flexibilisierung des Renteneintritts

BEWERTUNG

2.0 / 10 GEMEINWOHL-SCORE**Ablehnen**

Der Antrag widerspricht zentralen GWÖ-Werten: Er lehnt jede gesetzliche Verpflichtung zur Sozialversicherung ab (Verstoß gegen Solidarität und Soziale Gerechtigkeit), befürwortet die Abschaffung von Minijobs als flexibler Einstiegsform (Risiko für soziale Teilhabe), und setzt auf kapitalgedeckte Einzelkonten statt gemeinwohlorientierter, demokratisch kontrollierter Alterssicherung (Verstoß gegen Transparenz & Mitbestimmung). Die Fokussierung auf Eigenverantwortung und Marktmechanismen untergräbt systematisch das Prinzip des Gemeinwohls. Kein einziger Vorschlag adressiert ökologische Nachhaltigkeit oder Menschenwürde im Sinne einer solidarischen Lebensgestaltung im Alter.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Benennung demografischer Herausforderungen
- Fokus auf Flexibilität im Renteneintritt
- Kritik an bürokratischen Hürden

Schwächen

- Ignorieren von Armutsrisiken im Alter
- Ablehnung kollektiver Absicherung
- Keine Berücksichtigung ökologischer oder sozialer Investitionskriterien

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A • LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B • FINANZEN	•	--	•	•	•
C • VERWALTUNG	•	•	-	•	•
D • BÜRGER:INNEN	•	•	•	--	•
E • GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	-

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

B2 Solidarität bei Finanzmitteln Bewertung: -5

Keine staatliche Absicherungspflicht für Selbstständige, Ablehnung von Beitragsausweitung

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: -4

Ablehnung der Mütterrente, faktische Abschaffung von Minijobs, keine Stärkung der Grundsicherung

C3 Politische Führung & Verwaltung Bewertung: -3

Keine partizipativen Elemente, keine Bürgerbeteiligung bei Rentenreform, ausschließlich markliberale Steuerung

E5 Zukunftsfähigkeit für kommende Generationen Bewertung: -2

Keine Berücksichtigung intergenerativer Gerechtigkeit außer durch Entlastung der Arbeitgeber; keine ökologische Dimension

FDP

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag entspricht vollständig dem FDP-Wahlprogramm 2022: Betonung von Eigenverantwortung, Technologieoffenheit, Bürokratieabbau, Entlastung der Arbeitnehmer durch niedrigere Beiträge, Ablehnung von Zwangsmitgliedschaften und Förderung privater/betrieblicher Vorsorge. Alle Kernforderungen sind wörtlich abgebildet.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt das FDP-Grundsatzprogramm 2012 wider: Freiheit vor Zwang, Eigenverantwortung, Marktwirtschaftlichkeit, Skepsis gegenüber staatlichen Zwangssystemen und Vertrauen in individuelle Entscheidungskompetenz. Lediglich die explizite Erwähnung von 'sozialer Marktwirtschaft' fehlt — aber nicht im Widerspruch.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM**

7/10

Teilweise Übereinstimmung mit CDU-Wahlprogramm 2022: Betonung von Generationengerechtigkeit, Kapitaldeckung, Flexibilität im Renteneintritt (S. 56, Q5). Aber klare Differenz bei der Ablehnung jeglicher Beitragserhöhung — CDU fordert explizit 'verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge' mit staatlichen Zuschüssen für Geringverdiener (Q6), was hier nicht vorgesehen ist.

„Für eine generationengerechte schwarz Null Solide Finanzen sind die beste Grundlage für gute Politik.“
CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 56

PARTEIPROGRAMM

8/10

CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont Subsidiarität, Eigentum und Eigenverantwortung (Q6, Q10), passt zum Antrag. Aber auch den sozialen Ausgleich ('staatliche Zuschüsse für Menschen mit geringem Einkommen', Q6) — dieser wird im Antrag nicht berücksichtigt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

1/10

Fundamentaler Widerspruch: SPD fordert Tariftreue, 13€ Landesmindestlohn, soziale Absicherung für Selbstständige und Auszubildende (S. 44, Q23), sowie eine 'soziale Gerechtigkeit' als Kernwert. Der Antrag lehnt alle diese Elemente ab und setzt stattdessen auf Marktlogik und Individualisierung. Keine Übereinstimmung mit SPD-Kernpositionen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Hamburger Programm (2007) verankert 'Solidarität' und 'Gerechtigkeit' als Grundwerte und sieht den Sozialstaat als 'vorsorgend' an — nicht als subsidiäres Ergänzungssystem. Der Antrag untergräbt diesen Ansatz systematisch.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

0/10

Vollständiger Widerspruch: Grüne fordern explizit 'Absicherung von Solo-Selbstständigen und Auszubildenden' (S. 44, Q23), 'armutsfeste Mindestrenten' (Q29), 'soziale Infrastruktur' (Q26) und 'solidarische Bürger*innenversicherungen' (Q26). Der Antrag lehnt alle kollektiven Absicherungsmechanismen ab und propagiert rein kapitalmarktorientierte Lösungen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Grundsatzprogramm 2020 verankert 'Solidarität' als zentralen Wert (Q26), 'gerechtes Steuersystem' (Q27) und 'soziale Infrastruktur' (Q26). Der Antrag widerspricht allen drei Dimensionen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

5/10

Teilweise Übereinstimmung: AfD lehnt 'Planwirtschaft' (Energiewende) ab und betont nationale Souveränität — analog zur Kritik am 'Bundesratspaket'. Aber AfD hat kein eigenes Rentenkonzept im Wahlprogramm 2022; ihre Positionen zu Alterssicherung sind nicht dokumentiert. Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Einführung kapitalgedeckter Elemente in der Alterssicherung ist sinnvoll. Der vorgesehene Weg zur Finanzierung einer Kapitalrente über zusätzliche Beiträge und mit einem nicht aus Kapitalerträgen gedeckten zusätzlichen Übergangsfaktor ist aber falsch und gefährlich.

Die Einführung gemeinwohlorientierter, demokratisch kontrollierter kapitalgedeckter Elemente in der Alterssicherung ist sinnvoll — unter Einhaltung sozialer Mindeststandards, transparenter Anlage-Richtlinien und Beteiligung der Versicherten an der Gestaltung.

Begründung: Stellt die kapitalgedeckte Komponente in den Dienst des Gemeinwohls (GWÖ-Wert 2 & 5), statt sie ausschließlich marktgetrieben zu gestalten.

Vorschlag 2 von 3

Original: Besonders kritisch ist die verpflichtende Einbeziehung von Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung. Diese Pflicht schränkt die Entscheidungsfreiheit von Selbstständigen ein...

Besonders kritisch ist die fehlende soziale Absicherung von Selbstständigen: Wir fordern eine gemeinwohlorientierte, flexibel gestaltbare Pflichtversicherung, die Mindestansprüche garantiert, Beitragsstaffelung nach Einkommen ermöglicht und Zugang zu ergänzenden Gemeinwohl-Vorsorgeangeboten schafft.

Begründung: Behebt den gravierenden Mangel an sozialer Sicherung (GWÖ-Wert 4) für eine wachsende Gruppe und verbindet Eigenverantwortung mit Solidarität (GWÖ-Wert 2).

Vorschlag 3 von 3

Original: Eine Ausweitung von Leistungen wie bei der von der CSU eingebrachten Mütterrente darf nicht fortgesetzt werden, vielmehr muss auf die Umsetzung der letzten Stufe der Mütterrente verzichtet werden.

Eine Ausweitung von Leistungen wie bei der Mütterrente muss sozial gerecht gestaltet werden — etwa durch eine geschlechtergerechte Elternzeitrente, die beide Elternteile gleichermaßen absichert und die Erwerbsunterbrechung nicht benachteiligt.

Begründung: Stärkt soziale Gerechtigkeit (GWÖ-Wert 4) und Solidarität (GWÖ-Wert 2) statt pauschaler Kürzung, die vor allem Frauen trifft.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Ablehnen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-128

Ja: AfD FDP **Nein:** CDU  GRÜNE SPD

 Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match $\geq 7/10$)

Original-Antrag

Drucksache 18/20435

Für eine generationengerechte Rentenreform · Kapitaldeckung ausweiten, Z.

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

07.07.2026

Antrag

der Fraktion der FDP

Für eine generationengerechte Rentenreform – Kapitaldeckung ausweiten, Zwangssysteme verhindern, Flexibilität und Eigenverantwortung stärken

I. Ausgangslage

Die Aussicht auf eine verlässliche und auskömmliche Altersvorsorge ist ein Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist Ausdruck des Versprechens, dass sich Lebensleistung lohnt. Dieses Versprechen ist gefährdet: Das umlagefinanzierte und zunehmend durch Steuermittel gestützte Rentensystem führt vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und einer immer schwächer wachsenden Wirtschaft bereits heute nur noch zu – im europäischen Vergleich – geringen Renten. Zusätzlich droht eine gravierende Schieflage zulasten zukünftiger Generationen. Deswegen braucht es dringend Reformen. Die nun vorliegenden Vorschläge der Alterssicherungskommission sind eine Mischung aus kleinen Schritten nach vorne und größeren Sprüngen zurück.

Die Einführung kapitalgedeckter Elemente in der Alterssicherung ist sinnvoll. Der vorgesehene Weg zur Finanzierung einer Kapitalrente über zusätzliche Beiträge und mit einem nicht aus Kapitalerträgen gedeckten zusätzlichen Übergangsfaktor ist aber falsch und gefährlich. Zwei Prozent höhere Sozialversicherungsbeiträge schaden der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Durch die Verteuerung des Faktors Arbeit bei der Rente werden alle anderen Vorhaben zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterlaufen. Die Bundesregierung sabotiert so mutwillig den wirtschaftlichen Aufschwung.

Besonders kritisch ist die verpflichtende Einbeziehung von Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung. Diese Pflicht schränkt die Entscheidungsfreiheit von Selbstständigen ein, ohne zur Lösung der strukturellen Probleme der Rentenversicherung beizutragen.

Wer Selbstständige in die gesetzliche Rente zwingt, will sie im nächsten Schritt auch in die gesetzliche Krankenversicherung zwingen. Das ist nichts anderes als die schrittweise Abschaffung der Selbstständigkeit. Damit wird ein Grundpfeiler unserer Wirtschaft eingerissen. Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und unternehmerische Freiheit werden so in unverantwortlicher Weise grundsätzlich in Frage gestellt und geschwächt. Und all das geschieht, obwohl die Ausweitung des Versichertenkreises das Grundproblem der Rente gar nicht löst, sondern lediglich neue Anwartschaften und damit Leistungsansprüche für die Zukunft schafft.

Auch die faktische Abschaffung des Minijobs ist ein schwerer Fehler. Für viele Menschen aller Altersgruppen sind sie eine wichtige und flexible zusätzliche Einkommensquelle sowie Einstiegsmöglichkeit in die Arbeitswelt. Auch Unternehmen in Gastgewerbe, Einzelhandel, Veranstaltungen und Saisonbetrieben sind zwingend auf flexible Beschäftigungsmöglichkeiten angewiesen. Ohne dieses flexible Beschäftigungsinstrument besteht zudem die Gefahr, dass mehr Menschen auf illegale Schwarzarbeit ausweichen.

Hinzu kommt: Ein höheres Renteneintrittsalter, das erst in ferner Zukunft wirksam würde, verlagert notwendige Entscheidungen, während heutige Beitragszahlerinnen und Beitragszahler kurzfristig weiter belastet werden. Insgesamt werden die Reformvorschläge dazu führen, dass Staatsquote und Sozialstaatsquote weiter steigen. Es gibt somit immer mehr vom süßen Gift, von dem unser Land schon lange eine Überdosis hat.

Trotz breiter Debatte und Kritik sind große Veränderungen an den Vorschlägen nicht zu erwarten. Bundeskanzler Friedrich Merz und Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas kündigten noch am Tag der Vorstellung der Vorschläge der Alterssicherungskommission die vollständige Umsetzung aller 33 Maßnahmen an.¹ Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hingegen sprach sich gegen eine 1:1 Umsetzung der Reformvorschläge aus und kündigte explizit Widerspruch im Bundesrat an.² Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst scheint auf jegliche Mitgestaltung bei diesem zentralen Reformvorhaben verzichten zu wollen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung will die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Reform offenbar einfach hinnehmen. Ministerpräsident Hendrik Wüst warb dem entsprechend gegenüber der Deutschen Presse-Agentur dafür, die Vorschläge „als Paket weiterzubearbeiten und nicht auseinanderzupflücken“.³ Auf dem Landesparteitag der CDU am 4. Juli 2026 ergänzte Ministerpräsident Wüst, „das ganze Paket könne sich sehen lassen“ und erwähnte dabei explizit auch die geplante Rentenreform.⁴

Diese Gestaltungsweigerung ist umso gravierender, weil es zahlreiche Hebel gäbe, um die Reformvorschläge zu verbessern: Eine echte Rentenreform muss das Umlagesystem strukturell entlasten und Schritt für Schritt durch kapitalgedeckte Elemente ergänzen. Dafür braucht es eine echte Aktienrente mit individuellen, eigentumsgeschützten Kapitalkonten für alle Rentenversicherten, in die ein schrittweise steigender Anteil der bisherigen Pflichtbeiträge eingezahlt wird. Die Mittel sollen global breit gestreut und unabhängig von politischer Einflussnahme investiert werden, um die Renditechancen der internationalen Kapitalmärkte zu nutzen. Versicherte sollen aus zertifizierten Anlagefonds unterschiedlicher Anbieter wählen können und nicht nur auf einen öffentlichen Fonds festgelegt werden. Zusätzlich soll ein aus öffentlichen Mitteln gespeister, global investierender Fonds errichtet werden, dessen Erträge den umlagefinanzierten Teil der gesetzlichen Rente stabilisieren. Die so entstehenden Spielräume beim Beitragssatz sollen für den Ausbau der Aktienrente genutzt werden.

¹ Tagesschau: Schwarz-Rot will alle Renten-Vorschläge umsetzen, 23.06.2026, abgerufen unter: <https://www.tagesschau.de/inland/rentenreform-merz-bas-100.html> (letzter Zugriff: 02.07.2026).

² NDR: Schwesig: Reformen müssen kleine und mittlere Einkommen entlasten, 30.06.2026, abgerufen unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/schwesig-reformen-muessen-kleine-und-mittlere-einkommen-entlasten,schwesig-340.html> (letzter Zugriff: 02.07.2026).

³ WirtschaftsWoche: Überwiegend positives Votum der Länder zu Rentenvorschlägen, 25.06.2026, abgerufen unter: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/rentenreform-ueberwiegend-positives-votum-der-laender-zu-rentenvorschlaegen/100235814.html> (letzter Zugriff: 02.07.2026).

⁴ Welt: Wüst und Merz setzen auf Geschlossenheit für Reformpaket, 04.06.2026, abgerufen unter: <https://www.welt.de/regionales/nrw/article6a48f662b21fd831ecbf862a/wuest-und-merz-setzen-auf-geschlossenheit-fuer-reformpaket.html> (letzter Zugriff: 06.07.2026).

Zugleich müssen die Rentenanpassungen künftig stärker an der Preisentwicklung statt an der Lohnentwicklung ausgerichtet werden. Eine Ausweitung von Leistungen wie bei der von der CSU eingebrachten Mütterrente darf nicht fortgesetzt werden, vielmehr muss auf die Umsetzung der letzten Stufe der Mütterrente verzichtet werden. Anstelle der bisherigen subventionierten Frühverrentung sind flexible Renteneintrittsmodelle zu schaffen. Alle Beschäftigten sollen den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand individuell gestalten können und selbst über ihr Renteneintrittsalter entscheiden, sofern sie dann nicht auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Das gesetzliche Renteneintrittsalter soll künftig nicht mehr starre Normvorgabe, sondern Bezugsgröße für die Berechnung der Rentenhöhe sein. Zu- und Abschläge bei früherem oder späterem Renteneintritt müssen versicherungsmathematisch korrekt berechnet werden.

Daneben braucht es mehr Eigenverantwortung und Wahlfreiheit in der Altersvorsorge. Die betriebliche Altersvorsorge muss einfacher, transparenter, renditestärker und portabel werden; Arbeitgeber sollen künftig nur noch für zugesagte Beiträge haften. Die private Altersvorsorge muss durch Altersvorsorgedepots und andere langfristige Sparprodukte gestärkt werden, deren Einzahlungen und Erträge in der Ansparphase steuer- und abgabenfrei bleiben und erst bei Auszahlung nachgelagert besteuert werden. Für Menschen mit geringen Einkommen braucht es kein staatliches Standardprodukt. Auch die Beamtenversorgung muss für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte auf kapitalgedeckte Vorsorgekonten umgestellt werden. Selbstständige sollen zu Altersvorsorge verpflichtet werden können, dabei aber frei zwischen geeigneten privaten oder gesetzlichen Vorsorgeformen wählen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Das umlagefinanzierte Rentensystem gerät durch den demographischen Wandel, eine schwache wirtschaftliche Entwicklung und steigende Steuerzuschüsse in eine gravierende Schieflage und benötigt dringend Reformen.
- Die Vorschläge der Alterssicherungskommission lösen die strukturellen Finanzierungsprobleme nicht überzeugend, sondern drohen neue Belastungen für Beitragszahler, Unternehmen, Selbstständige und künftige Generationen zu schaffen.
- Die nordrhein-westfälische Landesregierung darf wirtschaftsschädliche und belastende Reformvorschläge nicht pauschal durchwinken, sondern muss sich auf Bundesebene für eine echte, generationengerechte Rentenreform einsetzen, die Eigenverantwortung stärkt, Kapitaldeckung ausbaut, private und betriebliche Vorsorge attraktiver macht und Belastungen für Arbeit und Wirtschaft begrenzt.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Vorschläge der Alterssicherungskommission nicht pauschal umgesetzt, sondern grundlegend zu einer echten, generationengerechten Rentenreform weiterentwickelt werden, indem
- das Umlagesystem strukturell entlastet, Kapitaldeckung gestärkt und individuelle, eigentumsgeschützte Vorsorgekonten eingerichtet werden,

- zusätzliche Belastungen für Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, Unternehmen, Selbstständige, Gründerinnen und Gründer sowie künftige Generationen vermieden werden und insbesondere keine verpflichtende Einbeziehung von Selbstständigen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung ohne Wahlmöglichkeiten erfolgt,
- private und betriebliche Altersvorsorge attraktiver gemacht, Wahlfreiheit und Eigenverantwortung gestärkt sowie flexible Beschäftigungsformen wie Minijobs erhalten werden.

Henning Höne
Marcel Hafke
Ralf Witzel
Susanne Schneider
Dietmar Brockes

und Fraktion